

N o t a r

Dr. W. Drake

W. Saacke

Rechtsanwälte

Hannover, Podbielskistr. 8 A.

Hannover, den 23. Juni 1949.

(eingegangen am 23.6.1949, gez.
Schultz, JS. LG. Hannover)

An das (eingegangen StA. Hannover am 27.6.49)

2 Ks 26/48

22 a 219/48

Landgericht

Hannover

Revisionsanträge und Revisionsbegründung

in der Strafsache gegen den Kraftfahrer Ludwig B o c k , Hannover-Ricklingen, Barthold-Knäuststr. 46, wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

Das Urteil des Schwurgerichts Hannover vom 3. Mai 1949 wird mit der am 10. Mai 1949 eingelegten Revision wegen Verletzung des Gesetzes, und zwar wegen Verletzung von Rechtsnormen des materialen Rechts, in vollem Umfang insoweit angefochten, als der Angeklagte verurteilt ist.

Es wird beantragt,

das Urteil in dem angefochtenen Umfang mit den zugrundeliegenden Feststellungen aufzuheben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Schwurgericht in Hannover zurückzuverweisen.

B e g r ü n d u n g .

1. Das Schwurgericht hat zu Unrecht die abgeurteilten Taten als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewürdigt. Die Ausschreitungen des Angeklagten gegen die Zeugen Bellmer und Ludwigs tragen nicht den starken Unrechtsgehalt in sich, der für die Annahme eines Unmenschlichkeitsverbrechens zu fordern wäre. Erforderlich wäre, daß durch die Taten einmal die Opfer selbst zutiefst getroffen und unmenschliche Folgen für die Opfer eingetreten wären, zum anderen, daß auch eine überindividuelle Wirkung der Tat eingetreten wäre. Beide Bedingungen sind nach Ansicht der Revision hier nicht erfüllt. Es handelt sich bei beiden abgeurteilten Zusammenstößen vielmehr um kurze körperliche Angriffe ohne weitere Folgen und von unbedeutender Tragweite, wie sie in der politischen Erregung überall vorkommen können. Die Opfer selbst haben von dem im Einzelfalle ausgeteilten einzigen Schlag ins Gesicht keine Schäden davon getragen, der Stoß mit dem Gewehrkolben vor die Brust des Zeugen Bellmer hat nach dessen eigener Aussage nicht einmal Schmerzempfindung hervorgerufen. Insofern ist auch die Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung bedenklich. Es ist auch nichts in der Verhandlung dafür hervorgetreten, daß die Zeugen durch diese kurzen Exzesse des Angeklagten empfindlichen seelischen Schaden erlitten haben. Die Tatsache, daß sie von sich aus nach Zusammenbruch des nationalsozialistischen Staates jahrelang nichts gegen den Angeklagten unternommen haben, obwohl dieser nach wie vor mitten unter ihnen in dem Vorort Ricklingen wohnt, spricht durchaus gegen eine solche Annahme. Lediglich um in dem früheren Verfahren 2 KMs 11/47 wegen Unmenschlichkeits-

verbrechens die Revision zu stützen, sind mit Schreiben vom 1.12.1947 des Hauptausschusses ehemaliger politischer Häftlinge die in diesem Verfahren aufgetretenen Zeugen benannt worden.

Es kann nach den vorstehenden Ausführungen auch nicht anerkannt werden, daß durch die beiden Schläge gegen Bellmer und Ludwigs die Menschheit in ihrer Gesamtheit angegriffen und von der Tat selbst berührt worden ist.

II) Das Schwurgericht hat zu Unrecht bei den vorliegenden Taten eine Verbrechenseinheit verneint. Die Revision steht auf dem Standpunkt, daß eine Verbrechenseinheit dieser Taten selbst mit der durch Urteil der 2. Strafkammer des Landgerichts Hannover vom 7.11.1947 abgeurteilten Tat des Angeklagten bejaht werden mußte aus den zutreffenden Gründen des Beschlusses dieser Strafkammer vom 29.10.1948. Auf alle Fälle aber sind die in diesem Verfahren abgeurteilten Taten als Verbrechenseinheit anzusehen. Sowohl der den Beschluß vom 29.10.1948 aufhebende Beschluß des Strafsenats des OLG. Celle vom 13.1.1949 wie auch das jetzt angefochtene Urteil verkennen den vom Obersten Gerichtshof aufgestellten Begriff der "gleichen Situation". Sämtliche abgeurteilten Taten des Angeklagten in dem früheren und jetzigen Verfahren sind von ihm in seiner Eigenschaft als SA-Angehöriger aus politischen Beweggründen in gleicher Weise an Personen linksgerichteter Kreise vorgenommen worden und zwar im Frühjahr 1933 innerhalb weniger Wochen. Der Angeklagte hat in einem klar umgrenzten kurzen Lebensabschnitt, nämlich in der Vergeltungsstimmung gegen politische Gegner unmittelbar nach gewonnener Macht gehandelt. Er hat damit aus der gleichen Situation heraus gehandelt. Das Vorliegen der übrigen Voraussetzungen der Verbrechenseinheit ist auch vom Vorderrichter nach der Urteilsbegründung mit Recht nicht bezweifelt worden.

III) Die Verurteilung aus § 223 StGB. im Falle Ludwigs war unzulässig, weil diese Körperverletzung nach § 67 StGB. verjährt ist. Die Verjährung der Strafverfolgung läuft auch bei Tateinheit für jedes der verletzten Strafgesetze nach dessen Grundsätzen. Tateinheit mit Unmenschlichkeitsverbrechen hindert daher nicht die Verjährung wegen Körperverletzung. Die Verfolgungsverjährung ist in diesem Falle auch nicht durch § 1 der Verordnung vom 23.5.1947 unterbrochen worden.

IV) Der Tatrichter hat sich bei Strafzumessung von rechtsirrtümlichen Erwägungen leiten lassen, indem er Tatbestandsmerkmale, die zur Bildung des verbotenen Tatbestandes selbst dienen und demgemäß bereits bei Aufstellung des gesetzlichen Strafrahmens berücksichtigt worden sind, bei Bemessung der Strafe als strafscharfend verwertet hat. Die in der Urteilsbegründung bei der Strafzumessung herangezogenen Tatsachen, daß es sich bei den abgeurteilten Taten um Rohheitsdelikte handele und daß der bei den Opfern eingetretene körperliche und seelische Schaden nicht unerheblich gewesen sei, sind Tatbestandsmerkmale des Unmenschlichkeitsverbrechens. Sie durften insofern nicht noch einmal bei der Strafzumessung Berücksichtigung finden. Die Rüge der unrichtigen Bewertung dieser Umstände ist nach feststehender Rechtssprechung in der Revision zulässig.

Die ausgeworfenen Einzelstrafen müssen auch als übermäßig hoch bezeichnet werden schon mit Rücksicht auf die Tatsache, daß der Angeklagte in dem früheren Verfahren wegen einer ungleich schlimmeren Tat auch nur mit 4 Monaten Gefängnis bestraft worden ist, die er inzwischen verbüßt hat. Auch insofern sind die Strafzumessungsgründe durch die Revisionsinstanz nachprüfbar wegen Verletzung des Artikels IV Z. 8 des Militärregierungsgesetzes Nr. 1 und der Allgemeinen Richteranweisung Nr. 1 Z. 8a.

Die Rechtsanwälte
Dr. Drake und Saacke
gez. Saacke



Für die Richtigkeit der begl. Abschrift

Y. Schubert
Justizangestellte